

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

102. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 1. April 2004

Tagesordnungspunkt 7:

Vereinbarte Debatte: **zu den Ergebnissen des Frühjahrsgipfels der Europäischen Union am 25./26. März 2004**

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in der Europäischen Union. Die EU wird am 1. Mai dieses Jahres um zehn neue auf insgesamt 25 Staaten erweitert. Allein dies sind gute Gründe, die EU modern zu verfassen. Allerdings wird die künftige EU-Verfassung nur dann eine gemeinsame sein, wenn auch alle EU-Bürgerinnen und -Bürger darüber abstimmen. In vielen Ländern wird das so sein, ausgerechnet in Deutschland nicht. CDU und CSU waren immer dagegen. SPD und Grüne sprachen sich lange dafür aus. Inzwischen ist Rot-Grün in das Unionslager gewechselt. Ich finde, das schwächt die Demokratie, anstatt sie zu stärken. Die PDS im Bundestag bleibt bei ihrer Forderung: **Volksabstimmung** über die EU-Verfassung!

Die Verfassung selbst ist ein Kompromiss, ein umstrittener zudem. Vor einem Vierteljahr kam der Prozess ins Stocken. Ein EU-Gipfel scheiterte. Nun, nach dem Regierungswechsel in Spanien und dem Einlenken Polens, ist die Debatte wieder offener. Aber viele Probleme bleiben. Ich habe hier schon vor einer Woche gesagt, dass Sie meine grundsätzliche Kritik an der zunehmenden **Militarisierung der Politik** kennen. In der künftigen Verfassung wurde sie sogar als Pflicht festgeschrieben. Als Reaktion auf diesen Satz rief der Abgeordnete Joseph Fischer dazwischen: „Genau so ist es!“. Herr Fischer ist im Ehrenamt Grüner und im Nebenberuf Außenminister. Er muss es also wissen. Die PDS lehnt eine Militarisierung der EU nach wie vor ab.

Mit ähnlichen Sorgen sehen wir aktuelle Entwicklungen in der künftigen EU-Innenpolitik. Unter der Überschrift „**Terrorbekämpfung**“ werden Bürgerrechte ab- und Geheimdienste ausgebaut. Der Datenschutz wird preisgegeben und die Rolle des Parlaments geschwächt. Das alles steht im Widerspruch zum Verfassungsprozess. Er ging mit mehr Transparenz und Demokratie schwanger. Nun droht uns dort eine Fehlgeburt. Umso mehr begrüße ich es, dass das EU-Parlament gestern den Handel persönlicher Passagierdaten mit den USA moniert hat. Ich finde, wir sollten heute Abend die Chance ergreifen, der Bundesregierung mit dem FDP-Antrag auch einen entsprechenden Verhandlungsauftrag zu geben, um diesen Fehler zu korrigieren und ihre Zustimmung zur Übermittlung sensibler Daten zurückzuziehen.

Die deutschen Unionsparteien wollen der Europäischen Union noch immer einen **Gottesbezug** verordnen. Die PDS will das nicht. Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, frage ich mich: Was würde ein Gottesbezug an der sozialen Schieflage ändern, die mit der so genannten **Lissabon-Strategie** verfolgt wird? Überhaupt: Es klingt ja mächtig und gewaltig, wenn die EU bis 2010 zur stärksten Wirtschaftsregion der Welt entwickelt werden soll. Es nützt nur wenig, wenn dabei immer mehr Bürgerinnen und Bürger verarmen.

Aus all diesen Gründen teile ich den Optimismus, der auch heute gelegentlich unter dieser Kuppel schwebte, nicht. Auch außerhalb dieses Hauses herrscht Skepsis. Schauen wir also mal: Am 13. Juni wird ein neues EU-Parlament gewählt. Die PDS tritt als proeuropäische Partei für soziale Gerechtigkeit und gegen eine Militärunion an. Das ist unsere Linke, eine wählbare Alternative.

(Günter Gloser [SPD]: Wir sind keine Militär-union, Frau Pau!)